

## Newsletter Montagsdemo Rheinfelden

*Hartz IV nicht nur Verfassungsbruch, sondern auch Menschenrechtsbruch*

### Themen in dieser Ausgabe:

- Schmutz Journalismus ...!
- Grundsicherung ...!
- Banken ...!
- Attac Lörrach ...!
- Neonazis ...!
- Rechtspopulismus!
- Fessenheim ...!
- bittere Armut ...!

### IN DIESER AUSGABE:

RTL-Schmutz Journalismus - Mit Hartz-IV-Bashing durchs Sommerloch	2
Immer mehr Ältere sind auf staatliche Grundsicherung angewiesen	2
Solche Banken können wir uns nicht leisten!	2
Attac Lörrach solidarisch mit Griechenlands Bürger	2
Lörrach: Neonazis sagen Aufmarsch ab	2
Europa verharmlost den Rechtspopulismus	3
Sofortige Stilllegung des AKW in Fessenheim auf Kosten der Betreiber	3
Die bittere Armut der Alten in Deutschland	3
Rheinfelder Montagsdemo 2011	4

Die Bundesregierung sowie SPD und Grüne stehen wieder einmal mit Ihren unsäglichen Hartz - Gesetzen am Pranger des Rechtsstaates.

Deshalb ist der Kampf gegen Hartz IV den wir seit 7 Jahren, jeden Montag um 18:00 Uhr auf dem Oberrheinplatz in Rheinfelden führen, gerechtfertigt! Unser Protest wird anhalten, solange die unsäglichen Hartz IV - Gesetze andauern.

**UNO zu Menschenrechtsverletzungen in Deutschland: Arbeitszwang und mangelnde Grundsicherung .**

**Abschlussbericht des UNO-Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 20.Mai 2011**  
Darin zum Beispiel:

#### No. 19

“Der Ausschuss stellt mit Besorgnis fest, dass Regelungen des Vertragsstaates [Deutschland] im Rahmen der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe, einschließlich der Auflage für Empfänger von Arbeitslosengeld, jede zumutbare Arbeit anzunehmen, was in der Praxis als nahezu ‚jede Arbeit‘ ausgelegt werden kann, und der Einsatz von Langzeitarbeitslosen für unbezahlte gemeinnützige Arbeit zu Verstößen gegen die Artikel 6 und 7 des Pakts führen kann. (Art. 6, 7 und 9)  
Der Ausschuss fordert den Vertragsstaat nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass seine Arbeitslosenunterstützungssysteme das Recht des Einzelnen, frei eine Beschäftigung seiner Wahl anzunehmen, sowie das Recht auf gerechtes Entgelt achten.”

#### No. 21

“Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass das Bundesverfassungsgericht die Verfassungsmäßigkeit des Verfahrens zur Berechnung der Grundsicherung bestätigt hat, ist jedoch nach wie vor besorgt darüber, dass dieses Verfahren den

Leistungsempfängern keinen angemessenen Lebensstandard gewährleistet. Weiterhin ist der Ausschuss besorgt darüber, dass infolge der sehr geringen Höhe der Regelleistungen für Kinder annähernd 2,5 Millionen Kinder in dem Vertragsstaat unterhalb der Armutsgrenze bleiben. Ferner ist der Ausschuss besorgt darüber, dass der steuerpflichtige Anteil der Renten 2005 auf 80 % angehoben wurde. (Art. 9, 10)

Der Ausschuss fordert den Vertragsstaat nachdrücklich auf, die Methoden und Kriterien zur Bestimmung der Regelsätze zu überprüfen und die Tauglichkeit der Kriterien regelmäßig zu überwachen, um sicherzustellen, dass die Regelsätze Leistungsempfängern einen angemessenen Lebensstandard ermöglichen. Weiterhin fordert



der Ausschuss den Vertragsstaat nachdrücklich auf, die Auswirkungen seiner verschiedenen Pläne der sozialen Sicherheit, einschließlich des Kinderbildungspakets von 2011, auf die Kinderarmut fortlaufend zu prüfen. Der Ausschuss empfiehlt außerdem dem Vertragsstaat, seinen Beschluss zur Anhebung des steuerpflichtigen Anteils der Renten zu überdenken. In diesem Zusammenhang wiederholt der Ausschuss seine 2001 abgegebene Empfehlung, dafür Sorge zu tragen, dass die von dem Vertragsstaat durchgeführte Sozialreform nicht rückschrittlich die paktgestützten Rechte der Niedriglohngruppen und der benachteiligten und randständigen Bevölkerungsgruppen beeinträchtigt, und verweist den Vertragsstaat auf

seine Allgemeine Bemerkung Nr. 19 (2007) über das Recht auf soziale Sicherheit.”

#### No. 24

“Der Ausschuss vermerkt mit Besorgnis, dass den Angaben des Vertragsstaates zufolge 13 Prozent der Bevölkerung des Vertragsstaates unterhalb der Armutsgrenze leben und 1,3 Millionen Menschen zwar wirtschaftlich aktiv sind, aber Ergänzungsleistungen in Anspruch nehmen müssen, da ihr Verdienst für den Lebensunterhalt nicht ausreicht. Der Ausschuss ist ferner besorgt darüber, dass ein solcher Stand der Armut in Anbetracht des umfassenden sozialen Sicherungssystems in dem Vertragsstaat möglicherweise auf eine unzureichende Leistungshöhe oder beschränkten Leistungszugang hindeutet. (Art. 11, 9)  
Der Ausschuss fordert den Vertragsstaat auf, ein umfassendes Armutsbekämpfungsprogramm anzunehmen und durchzuführen, das die Armutsaspekte berücksichtigt, die in den verschiedenen, von dem Vertragsstaat vorgenommenen Fachanalysen genannt werden.

Der Ausschuss empfiehlt, im Rahmen dieser Strategien eine Überprüfung der Höhe der Sozialleistungen vorzunehmen. Außerdem fordert der Ausschuss die Vertragspartei auf, die Menschenrechte in die Durchführung des Armutsbekämpfungsprogramms einzubeziehen und damit den benachteiligten und randständigen Gruppen besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. In diesem Zusammenhang verweist der Ausschuss den Vertragsstaat auf seine Erklärung über Armut und den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (2001).”

**Kommt zur Montagsdemo!**

**Nain zur Volkverblödung**



**Privatfernsehen:**  
 pädagogisch unwert  
 voyeuristisch  
 vorurteils-behaftet  
 geldgierig  
 neo-liberal



**RTL-Schmuddel Journalismus – Mit Hartz-IV-Bashing durchs Sommerloch**

Schwachsinnige Sozialreportagen haben bei dem Bertelsmann-Sender RTL nicht nur im Sommerloch, sondern ganzjährig Hoch - Konjunktur. Das jüngste Beispiel dafür liefert eine verlogene Reportage über eine Münchner Hartz - IV - Familie mit acht Kindern, der die Stadt im Rahmen eines Integrationsprojektes

eine preiswerte Wohnung von angemessener Größe und Ausstattung vermittelt hat. Da die Wohnung jedoch im wohlhabenden Stadtviertel Bogenhausen liegt, haben die RTL-Redakteure daraus flugs die Schlagzeile "Hartz-IV-Empfänger leben in Luxuswohnung" kreiert. Die Miete (970 €) und Wohnungsgröße (125

m<sup>2</sup>) der hier völlig zu unrecht als unwürdige Sozialschmarotzer hingestellten Familie Filipowicz liegt somit eindeutig im unteren Bereich des Kostenrahmens und man kann die Stadt München zu ihrem offensichtlich erfolgreichen Integrationsprojekt nur beglückwünschen!

Quelle: gegen-stimmen.de

**Immer mehr Ältere sind auf staatliche Grundsicherung angewiesen**

Die Zahl der Bundesbürger, die im Rentenalter und wegen Erwerbsminderung von staatlicher Grundsicherung leben müssen, ist in den letzten Jahren drastisch gestiegen. Nach Auskunft der Bundesre-

gierung sind aktuell 764 000 Personen auf diese Sozialleistung angewiesen. Bei der Einführung der Grundsicherung vor acht Jahren waren es 440 000. Das entspricht einer Steigerung von über 74 Pro-

zent. Die Daten finden sich in einer Stellungnahme des Bundesarbeitsministeriums auf eine Anfrage der Linkspartei, die unserer Zeitung vorliegt.

Quelle: Saarbrücker Zeitung

**Solche Banken können wir uns nicht leisten!**

**Attac startet Bankwechsel-Kampagne / Großbanken den Rücken kehren**  
 Pünktlich zur Veröffentlichung der Halbjahresbilanz der Deutschen Bank am Dienstag hat das globalisierungskritische Netzwerk

Attac das bundesweite Startsignal für eine Bankwechsel-Kampagne gegeben. Unter dem Motto **"Krötenwanderung jetzt! Bank wechseln, Politik verändern!"** ruft Attac die Bürgerinnen und Bürger auf,

Großbanken wie der Deutschen Bank den Rücken zu kehren und sich zugleich politisch für eine strenge Regulierung des Bankensektors stark zu machen.

**Attac Lörrach solidarisch mit Griechenlands Bürger**

Nach dem Motto: „Die Welt ist keine Ware“ und „Wir zahlen nicht für eure Krise“ machte attac Lörrach mit zwei Info - Ständen am 19. Juni und 2. Juli auf den Ausverkauf durch Banken und Konzerne aufmerksam. Die Bürger werden ausgepresst, damit die Reichen immer Reicher werden, dafür dürfen wir noch Steuern bezahlen, um Banken und Großkonzerne zu retten. Priva-

tisierung von Vermögen sowie Sozialisierung von Schulden - Wo soll das noch hinführen? Mit reichlich Infomaterial konnten sich die Bürgerinnen und Bürger am Infostand bedienen. Das Informationsbedürfnis ist gewaltig, langanhaltende Diskussionen waren an diesen beiden Tagen keine Seltenheit. Einige wussten nicht, dass

Lörrach eine attac - Ortsgruppe hat und wollten mal an unserem monatlichen Plenum teilnehmen, um sich über unsere Aktivitäten und Initiativen zu informieren. Eine Veranstaltung zum Thema Bankenwechsel findet voraussichtlich am 15.09. im SAK Lörrach statt. Nachrichten in den Medien beachten!

**Lörrach: Neonazis sagen Aufmarsch ab**

Die in Lörrach geplante Demonstration von Neonazis fand nicht statt. Kurzfristig wurde die Veranstaltung von den Organisatoren abgesagt. Nach Angaben der Stadt Lörrach lag für einen Samstag die Anmeldung einer Demonstration der rechten politischen Szene vor. Am Mittwoch wurde die Anmeldung dann vom Veranstal-

ter wieder zurückgezogen. Nachdem die Anmeldefrist für Samstag abgelaufen ist, seien an diesem Tag keine Demonstrationen im Stadtgebiet genehmigt, heißt es in einer Mitteilung der zuständigen Versammlungsbehörde weiter. Am Sonntag soll in Lörrach "der konspirativ beworbene Landesparteitag der NPD Baden-Württemberg"

stattgefunden haben. Anwesend sei nach Informationen aus Antifa-Kreisen unter anderem der sächsische NPD-Landesvorsitzende Holger Apfel gewesen..."  
 Quelle: 21.7.2011, Badische Zeitung  
**Wir fordern ein NPD - Verbot**

## Europa verharmlost den Rechtspopulismus

Wer den Attentaten von Norwegen vor neuem Rechtsterrorismus warnt, dramatisiert. Die wirkliche Gefahr ist der falsche Umgang mit der Islamophobie. [...] Der Rechtspopulismus unterscheidet sich in einigen Punkten erheblich vom Rechtsextremismus, von Neonazis und den autonomen Nationalisten. So distanzieren

sich Rechtspopulisten vom historischen Nationalsozialismus, und in ihrem Hass auf den Islam verehren sie alles, von dem sie glauben, es gebiete ihm Einhalt – beispielsweise Israel und die USA. Für Neonazis wäre das undenkbar. [...] Die Islamfeindlichkeit ist die Klammer, die alle Strömungen mehr und mehr miteinander verbindet und auch christlich - fundamentalistische Sek-

tierer, Verschwörungstheoretiker und die rechtsextreme NPD mit einschließt. Auch der Attentäter von Norwegen war in diesem Umfeld unterwegs, bevor er sich radikalisierte und in den Terrorismus abdriftete. Bisher ist Breivik ein Einzelfall. Es liegen keine Erkenntnisse über internationale oder nationale Rechtsterroristen vor, die in Deutschland operieren. Quelle: ZEIT



## Sofortige Stilllegung des AKW in Fessenheim auf Kosten der Betreiber

Am 14.6.11 veröffentlichte die BZ eine Studie, die aufzeigt, dass das AKW Fessenheim weit höher und schneller überflutet werden kann, als bisher angenommen. Ein Bruch des Damms sei etwa bei einem Erdbeben durchaus im Bereich des Möglichen, stellt eine französische Studie fest. Es gab also gute Gründe, dem Aufruf des BUND Freiburg zu folgen.

Zwischen sieben- und achttausend Menschen forderten am 26.6.2011 die sofortige Stilllegung des ältesten Reaktors in Frankreich.

Deutsche, Schweizer, Franzosen mit Fahnen auf Fahrrädern, zu Fuß oder Auto. Gekommen waren Kinder mit Eltern, Jugendliche, Menschen mittleren Alters

und Ältere. Wir aus Rheinfelden und Freiburg waren in gemeinsamer Aktion aktiv.

In guter Stimmung, mit Musik, Transparent, Fahne mit Faust, das Buch Morgenröte, Broschüren, Buttons und AKWs zur sofortigen Vernichtung, marschierten wir den 2 km langen Weg, an dem die Umzierung beginnen sollte.

Die Polizei hatte andere Vorstellungen, so dass die Kette um das AKW, die um 15.00 Uhr geschlossen werden, sollte nicht ganz umgesetzt werden konnte.

Der Einsatz des offenen Mikros war eine gute Möglichkeit, Stimmung zu machen, gemeinsam Parolen zu rufen und unsere Forderungen zu verankern. Die

AKWs aus Schokolade wurden wegen der Wärme sofort zur Vernichtung freigegeben. Einige Broschüren mit der Forderung nach der „Sofortigen Stilllegung aller AKWs auf Kosten der Betreiber“, wechselten für eine Spende den Besitzer.

Zum gemeinsamen Abschluss trafen sich alle auf einer wunderschönen Wiese in den Rheinauen: Mit einem Kulturprogramm, Essen, Trinken und den in allen Sprachen gerufenen Parolen nach der sofortigen Schließung des AKW's klang der Tag aus.

Allen war klar: Die Proteste werden weiter gehen!

Ein Bericht von Irene



Montagsdemonstranten in Fessenheim gegen Atomkraft



## Die bittere Armut der Alten in Deutschland

Rentner, die Flaschen aus dem Müll sammeln. Senioren, die um Almosen bitten. Altersarmut ist in der Bundesrepublik sichtbar geworden. Viele Sozialverbände sind alarmiert. Die Politik reagiert langsam. Wer weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens der Bevölkerung hat, gilt hierzulande als arm. Damit beginnt Armut bei 935 Euro. Ein männlicher Erstrentner kommt in Westdeutschland der-

zeit laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung im Schnitt auf 820 Euro. Hat ein Rentner weniger als 742 Euro zur Verfügung, weist die Deutsche Rentenversicherung auf die Grundversicherung im Alter hin. Diese Sozialleistung – eine Art Hartz IV für Senioren – wird nach individuellem Bedarf errechnet, Basis ist ein Regelsatz von 364 Euro. 2009 erhielten 400.000 über 65-Jährige diese Unterstützung – ein Plus von 55 Prozent

binnen sechs Jahren. "Diese Grundsicherung verhindert aber Armut nicht", sagt VdK-Expertin Anacker. Hinzu komme, dass die große Mehrheit der armen Senioren dieses Geld gar nicht beanspruchen. "Armut unter älteren Menschen existiert trotz staatlicher Hilfen und findet eher im Verborgenen statt," sagt die Expertin für soziale Fragen, Antje Richter. Armut schließt Senioren aus und isoliert sie. Quelle: FTD



V.i.s.d.P. :  
Initiative Montagsdemo Rheinfelden

Fritz Zell  
Oberhofstrasse 1  
79730 Murg/ Baden  
Tel: 07763 - 9275807  
E-Mail: aloisa.zell@t-online.de

Karl - Heinz Hirschmann  
Eisenbahnstr. 7  
79585 Steinen  
Tel: 07627 - 8127  
E-Mail: khirschmann@gmx.de

[www.montagsdemo-rheinfelden.de](http://www.montagsdemo-rheinfelden.de)



Wir brauchen Spenden !

Wer uns helfen will, der melde sich bei Fritz oder Karl-Heinz (siehe oben) DANKE !

## Rheinfelder Montagsdemo aktuell



Urlaubszeit – Europas Politiker gehen in Urlaub und haben noch schnell zuvor einen neuen „Rettungsfond“ für Griechenland beschlossen, Weitere 109 Mrd. €, um Europas Handlungsfähigkeit zu sichern, spricht, um den Staatsbankrott in Griechenland abzuwenden und eine Kettenreaktion in weiteren Ländern aufzuschieben.

Währenddessen lassen

die selben Politiker Hungernde, vor allem Kinder und Jugendliche, in Ostafrika sterben. Während die weltweiten Veränderungen im Klima, hervorgerufen durch die Umweltkatastrophe, Überschwem-



mungen einerseits und Dürren andererseits erzeugen, werden Überlebenshilfen nur in homöopathischen Dosen verabreicht. Schönen Urlaub ihr Politiker. Wir erwarten euch am 17.September

zur Berliner Herbstdemo der bundesweiten Montagsdemonstration zurück.

Auch die Atomkraftwerke sind noch Top - Thema bei uns. So waren viele unserer Montagsdemonstranten bei der Groß -Demo in Fessenheim dabei. Die an den Grenzen stehenden AKWs in Frankreich und der Schweiz sind eine starke Bedrohung, wir Leben in



einem Erdbebengebiet.



Ach, und noch was, liebe Leser des Newsletters. Kommt doch öfters wieder mal vorbei. Rheinfelden – Oberrheinplatz – 18 Uhr. Jeden Montag! Wir freuen uns auch auf Impulse, wie wir unsere Arbeit verbessern können. Dazu machen wir im Herbst einen „Workshop“. Seit 7 Jahren Montag für Montag und die Schweinereien nehmen zu!

## Termine, Veranstaltungen und Aktuelles!

- **Rheinfelder Montagsdemo**, jeden Montag um 18.00 Uhr am Oberrheinplatz
- **Freiburger Montagsdemo**, jeden Montag um 17.30 Uhr am Rathausplatz oder Walthari in der Bertholdstraße
- **Attac Lörrach**, öffentliches Plenum, immer am 1. Mittwoch im Monat im SAK (Altes Wasserwerk, beim Schwimmbad) Lörrach um 20:00 Uhr
- **Initiative Grundeinkommen** Lörrach trifft sich jeden 2. Freitag im Monat um 20:00 Uhr in der Kulturwerkstatt Lörrach Riesstraße, oder im „Nellie“
- **LISY** - Weil am Rhein lädt ein! Stammtisch immer am 3. Freitag im Monat um 19:00 Uhr, Restaurant "Delphi", Müllheimerstrasse 2 (gegenüber Kauftring)